



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

zum Antrag Resolution - Für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein

Drucksache 17/ 274

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt mit großer Zustimmung zur Kenntnis, dass sich kürzlich in Dresden ein breites Bündnis aus Kirchen, Parteien, Verbänden und Initiativen gegenüber rechtsextremistischen Demonstranten gefunden hat, um für einen verantwortungsvollen Umgang mit der deutschen Geschichte einzutreten und dabei die Werte und die freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes zu achten.

Der Landtag begrüßt es daher auch in besonderem Maße, wenn vor dem Hintergrund der geplanten rechtsextremistischen Kundgebungen im März 2010 in Lübeck wiederum ein breites Bündnis aus allen gesellschaftlichen Schichten entsteht, das sich für ein klares Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands einsetzt, das für die Freiheit und Toleranz des Grundgesetzes eintritt, und das jede Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung strikt ablehnt.

Der Landtag spricht dabei auch allen Polizeibeamten für ihre bisherige und zukünftige Arbeit seinen ausdrücklichen Dank aus, ebenso wie seinen Respekt und seine Anerkennung, wenn zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates die schwere Aufgabe übernommen werden muss, die Versammlungsfreiheit auch im Angesicht der Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu schützen.

Werner Kalinka
und Fraktion

Ingrid Brand-Hückstädt
und Fraktion